

"Unheil in Sicht!" in Die Freiheit (9. Januar 1953)

Legende: Ein Monat vor Inkrafttreten des gemeinsamen Marktes für Kohle und Eisenerz am 10. Februar 1953 untersucht die westdeutsche Zeitung Die Freiheit die möglichen negativen Folgen für die Wirtschaft der BRD.

Quelle: Die Freiheit. 09.01.1953. Mainz. "Unheil in Sicht".

Urheberrecht: (c) Die Freiheit

URL: http://www.cvce.eu/obj/unheil_in_sicht_in_die_freiheit_9_januar_1953-de-d37e8041-4d3e-488a-99a9-d0bd80dc1f3f.html

Publication date: 02/12/2013

Unheil in Sicht!

Wirtschaftliche Gefahrenmomente des Schumanplanes sind greifbar geworden

Am 10. Februar treten die Bestimmungen des gemeinsamen Marktes im Rahmen der Montan-Union in Kraft

Mit Riesenschritten eilt auf die deutsche Wirtschaft, den deutschen Arbeiter ein Tag zu, der erhebliche Gefahren in sich birgt. Wenn die Bundesregierung in den nächsten Wochen nicht von den gegebenen Möglichkeiten Gebrauch macht, treten am 10. Februar die Bestimmungen des Schuman-Planes über den gemeinsamen Markt in Kraft.

Bisher haben die Regierungsparteien das immer als ein erstrebenswertes Ziel hingestellt. Diese These nehmen ihnen aber heute selbst die meisten ihrer Anhänger unter den Wirtschaftskapitänen nicht mehr ab, seit sie genau wissen, welche Folgen das im einzelnen haben muß. Da ist vor allem für den Inlandsmarkt eine neue Kohlenpreiserhöhung von 4.- bis 5.- DM pro Tonne akut. Wenn auch versucht werden soll, den Hausbrand diesen Winter noch davon auszunehmen (im nächsten wird er um 14.- DM teurer), so wird das ein Andrehen der Preisschraube und damit ein weiteres Aufklaffen der Lohn-Preisschere mit all ihren Folgen nicht verhindern können. Schließlich ist die Ertragslage bei den Energie- und Versorgungsunternehmen (Strom und Gas) so angespannt, daß diese die Preiserhöhungen abwälzen müssen! Das erfaßt den Kleinverbraucher, aber auch fast die gesamte Konsumgüterindustrie, wie vor allem auch die Nahverkehrsbetriebe.

Auch Bundesbahn in Gefahr

Vor eine besondere Situation würde aber die Bundesbahn gestellt. Ihre in den vergangenen zwei Jahren unternommenen Anstrengungen, den Haushalt auszugleichen, werden mit der Einführung des gemeinsamen Marktes gleich von zwei Seiten torpediert. Einmal trifft sie die Kohlenpreiserhöhung mit voller Wucht und zum anderen die Bestimmung, daß von dem besagten Tage an für den Kohlenexport nur noch durchlaufende Kilometer-Frachttarife berechnet werden dürfen, was eine erhebliche Einnahmeminderung zur Folge hat.

Soziale Sicherheit gefährdet

Zu diesen wirtschaftlichen Gefahrenmomenten kommen noch die sozialen, die die Auflösung des Deutschen Kohlenverkaufs mit sich bringen, die ebenfalls bis zu diesem Tage erfolgt sein muß. Welche Folgen der Wegfall dieser Ausgleichskasse für die Bergarbeiter haben wird, machten die vergangenen Tage bereits recht deutlich. Die einzelnen Zehengesellschaften hatten individuell, also ohne Ausgleichsvereinbarungen, nach ihrer Ertragslage die Weihnachtsgratifikation festgesetzt. Das führte innerhalb verschiedener Städte zu Unterschieden bis zu 100.- DM bei den Grundbeträgen, wobei meistens noch die Männer mit den schwierigeren Arbeitsbedingungen den Kürzeren zogen.

So braucht angesichts der schlechten deutschen Erfahrungen gar nicht aufgezeichnet zu werden, welche Gefahren diese Zwangsmaßnahmen des gemeinsamen Marktes im Schuman-Plan für die soziale Sicherheit des Volkes haben müssen.